

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/meldung/2143449/> abgerufen werden.

Kölner Stadt-Anzeiger

Kölner Stadt-Anzeiger: Lauterbach (SPD) sagt "Pleitewelle" in Pflegeeinrichtungen voraus - Verband spricht von "hartem Schlag" für Pflegebedürftige, Angehörige und für das Pflegepersonal

08.11.2011 - 01:00 Uhr, Kölner Stadt-Anzeiger

Köln (ots) - Der am Sonntag erzielte Pflegekompromiss wird nach Ansicht von Experten viele Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste in finanzielle Bedrängnis bringen oder sogar zur Aufgabe zwingen. Es werde in den kommenden Monaten zu einer "Pleitewelle kommen, die allein in NRW mehrere hundert Einrichtungen betreffen wird", sagte der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Dienstags-Ausgabe). Die Koalitionsspitzen hatten am Sonntag einen Anstieg der Pflegeversicherungsbeitrags um 0,1 Prozentpunkte zum 1. Januar 2013 beschlossen. Damit stehen rund 1,1 Milliarden Euro mehr als bisher für die Versorgung Demenzkranker zur Verfügung. "Notwendig wären sechs Milliarden Euro, um Demenzkranke und die übrigen Pflegebedürftigen besser versorgen zu können", sagte Lauterbach. Viele Heime hätten im Vertrauen auf die angekündigte große Reform erhebliche Investitionen getätigt, für die nun die Gegenfinanzierung fehle. In der Folge müssten viele Einrichtungen in naher Zukunft schließen.

Der stellvertretende Bundesgeschäftsführer des Bundesverbands Ambulante Dienste und Stationäre Einrichtungen, Sebastian Froese, kritisierte, die zusätzlichen Mittel reichten nicht einmal aus, um angesichts steigender Personalkosten die Qualität der Pflege zu erhalten, geschweige denn zu verbessern. In der Folge werde die Schwarzarbeit im ambulanten Pflegebereich weiter zunehmen, "da sich immer mehr Menschen gar nichts anderes mehr werden leisten können". Durch die dauerhafte Unterfinanzierung könnten Pflegeheime und ambulante Dienste in Schieflage geraten: "Die Probleme werden sich verschärfen." Die Reform sei ein "harter Schlag für Pflegebedürftige, Angehörige und für das Pflegepersonal", sagte Froese dieser Zeitung.

Pressekontakt:
Kölner Stadt-Anzeiger
Politik-Redaktion
Telefon: +49 (0221) 224 2444
ksta-produktion@mds.de

Originaltext: Kölner Stadt-Anzeiger
Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/66749/>
Pressemappe via RSS: http://www.presseportal.de/rss/pm_66749.rss2